

Vortrag

des finnischen Ministerpräsidenten

PAAVO LIPPONEN (Helsinki)

„DER FINNISCHE WEG“

**Strategien für eine moderne Sozial-, Forschungs- und
Technologiepolitik**

10. September 2001

(Veranstaltungszentrum BAWAG, Hochholzerhof, 1010 Wien)

Kontakt

Akademie für Internationale Politik des Renner-Instituts
Dr. Erich Fröschl
T +43-1-804 65 01-17
froeschl@renner-institut.at

Sehr geehrte Seminarteilnehmer und Seminarteilnehmerinnen,
meine Damen und Herren,

ich möchte den Veranstaltern dieser Konferenz für die Gelegenheit danken, vor diesem angesehenen Forum über die Politik und die strategischen Entscheidungen zu referieren, mit denen Finnland auf die Herausforderungen zur wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung reagiert hat. Ich bin davon überzeugt, dass die gleichen Faktoren, die Finnland zum Erfolg verholfen haben, auch im breiteren Kontext bei der Erneuerung des europäischen Sozialmodells ihre Gültigkeit haben.

Dieses Thema passt gut hierher. Österreich liegt in einem Teil des Kontinents, dem für den wirtschaftlichen Erfolg des neuen Europas und der sich erweiternden Europäischen Union zentrale Bedeutung zukommt. Die im Gefolge der Erweiterung zu erwartende Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums wird ganz Europa zugute kommen, aber politisch wird die Erweiterung vor allem die Bedeutung des mittleren und östlichen Europas innerhalb der Union aufwerten.

Finnland hat in den zurückliegenden Jahren durch seine Erfolgsstory auf dem Gebiet der Informationstechnik und ganz besonders der Telekommunikationstechnik von sich reden gemacht. Dahinter stehen konsequente politische Richtungsentscheidungen, die auf die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Wissensgesellschaft bei gleichzeitiger Sicherung des sozialen Wohlergehens abzielten.

Der Erfolg einer Nation kann mit Hilfe einer Vielzahl von Indikatoren beurteilt und eingestuft werden. Dazu gehören beispielsweise Vergleiche des Grades der Globalisierung und der menschlichen Entwicklung, bei denen Finnland Spitzenplätze belegte. In einem Ranking der wettbewerbsfähigsten Länder der Welt platzierte das schweizerische IMD-Institut Finnland an dritter Stelle nach den USA und Singapur. Bei einem entsprechenden Vergleich des schweizerischen WEF-Instituts nahm Finnland im Jahr 2000 bei der Wettbewerbsfähigkeit gar den ersten Platz ein, und auch bei der Beurteilung des Zustands der Umwelt platzierte das Land sich ganz oben. Den internationalen Statistiken kann man unter anderem entnehmen, dass unser Land bei der Handy-Dichte und bei der Zahl der Internet-BenutzerInnen im Weltspitzenfeld liegt. Was das Funktionieren der Verwaltung angeht, gibt es sicherlich auch bei uns noch so einiges zu verbessern, aber für das Funktionieren der Wirtschaft und für das Vertrauen, das die BürgerInnen dem Staat entgegen bringen, ist die Tatsache, dass Finnland einem weiteren internationalen Vergleich zufolge das Land mit der geringsten Korruption in der Welt ist, zweifelsohne ein Pluspunkt.

Aber nun genug der Vergleiche. Ich möchte mich jetzt jener Gesellschaftspolitik zuwenden, die einen wichtigen Beitrag zum Erfolg unseres Landes geleistet hat. Viele der Erfolgsfaktoren mögen sich überraschend simpel und selbstverständlich anhören.

Als erstes möchte ich auf die Gewährleistung von Chancengleichheit zu sprechen kommen. Chancengleichheit bedeutet zunächst einmal ein Bildungssystem, das allen eine gleichwertige Grundausbildung garantiert. Der Schulbesuch ist bei uns kostenlos, und das Gleiche gilt auch für die Hochschulen und Universitäten. Das allgemeine und kostenlose Schulsystem ist schon seit den Anfangsjahren der finnischen Unabhängigkeit das Fundament der Bildungspolitik unseres Landes. Das durchschnittliche Bildungsniveau der Bevölkerung steigt ständig weiter. Den jüngsten Schätzungen zufolge studieren schon 70 Prozent der Angehörigen eines Jahrgangs in irgendeinem Abschnitt ihres Lebens an einer Hochschule. Diese Entwicklung ist nicht unproblematisch, denn es besteht die Gefahr, dass sich künftig zu wenige junge Leute für den Weg einer Berufsausbildung entscheiden.

Das hoch entwickelte Bildungssystem, das zunehmend darauf ausgelegt ist, die BürgerInnen zu lebenslangem Lernen anzuhalten, könnte nicht ohne die Absicherung durch wohlfahrtsstaatliche Dienstleistungen funktionieren. Dem jungen Menschen, der in seine Ausbildung investiert, müssen Unterstützung bei der Finanzierung seiner Ausbildung sowie eine niveauvolle Versorgung im Bereich der Gesundheitsfürsorge angeboten werden. Dies sind zentrale Elemente des Wohlfahrtsstaates. dessen Aufbau in Finnland im breiteren Maßstab in den sechziger Jahren begann, also einige Zeit später als in den anderen nordischen Ländern.

Ein Faktor, der erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungen hatte, ist die hohe Frauenerwerbsquote – rund 64 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter stehen im Berufsleben. Der Wohlfahrtsstaat, vor allem Angebote zur Betreuung von Kleinkindern und SeniorInnen, machen es möglich, jenes Bildungskapital besser zu nutzen, das in den immer höher qualifizierten Frauen steckt.

Zu den Aufgaben des Wohlfahrtsstaates gehört es nicht nur, allen BürgerInnen umfassende soziale Sicherheit zu bieten, sondern es gilt zugleich, die Bereitschaft zu selbstverantwortlichem Handeln zu stärken. Einige der Reformen meiner beiden Regierungen zielten denn auch darauf ab, für die erwerbslose Bevölkerung zusätzliche Anreize zum Akzeptieren von Arbeitsangeboten und zur Verbesserung ihrer beruflichen Qualifizierung durch Umschulung und Weiterbildung zu schaffen.

Ein weiteres wichtiges Element ist ein auf gesunden Füßen stehender öffentlicher Haushalt. Als mein erstes Kabinett im Jahr 1995 sein Amt antrat, hatte Finnland gerade die schlimmste Rezession in der jüngeren Geschichte der westlichen Länder durchgemacht. Das Bruttoinlandsprodukt war Anfang der neunziger Jahre um über zehn Prozentpunkte geschrumpft und zugleich hatte sich die Arbeitslosigkeit verfünffacht. Ein ganzer Strauß von Problemen machte der Wirtschaft schwer zu schaffen, darunter eine ernste Bankenkrise, der Einbruch des Handels mit der Sowjetunion und das Abflauen der Nachfrage in den wichtigsten Absatzmärkten für den finnischen Export. Die Beziehungen zwischen den Tarifpartnern waren angespannt, und der Berg der öffentlichen Schulden wuchs in Furcht erregendem Tempo.

Zur gleichen Zeit bereitete Finnland sich auf den Beitritt zum gemeinsamen Markt vor, und die Wirtschaft musste sich auf neue Wettbewerbsbedingungen einstellen.

Diese schwierige Ausgangslage gab dem Programm meiner Fünf-Parteien-Regierung eine klare Richtung vor, und in Zusammenarbeit mit den Arbeitsmarktorganisationen machten wir uns daran, Finnland aus dem Sumpf zu ziehen. Die Hauptrolle bei den Anstrengungen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und zur Anhebung der Wettbewerbsfähigkeit spielten zwei in den Jahren 1995 und 1997 abgeschlossene Tariflösungen mit je zweijähriger Laufzeit, denen sich weite Teile des Arbeitsmarktes anschlossen. Die Wirtschaft kam wieder auf Touren, so dass die Arbeitslosigkeit allmählich zurückgedrängt werden konnte. Inzwischen weisen die Beschäftigtenzahlen schon seit sieben Jahren nach oben. Finnland hat die fünft-höchste Beschäftigungsquote in der EU – sie beträgt 68 Prozent. Unser Ziel ist es, sie bis zum Jahre 2003 auf 70 Prozent anzuheben.

Die zur Rettung des Wohlfahrtsstaats vorgenommenen Maßnahmen zur Anpassung des öffentlichen Haushalts halfen Finnland zugleich, die Kriterien für die Teilnahme an der Währungsunion zu erfüllen. Mit Hilfe der durchgeführten Reformen konnten die öffentlichen Ausgaben reduziert und die Effizienz des öffentlichen Sektors verbessert werden. Der Anteil des öffentlichen Sektors an der Volkswirtschaft hat sich in den zurückliegenden Jahren des raschen Wirtschaftswachstums verringert, aber die Staatsquote ist nach wie vor ziemlich groß – sie liegt bei etwa der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts. Der Grund ist, dass die öffentliche Hand beispielsweise im Sozial- und Gesundheitsbereich bei uns mehr Aufgaben zu tragen hat als in vielen anderen Ländern Europas.

Die Konsolidierung des Fundaments des Wohlfahrtsstaats wird fortgesetzt, vor allem durch eine Haushaltspolitik, die einen strukturellen Überschuss im Staatshaushalt zum Ziel hat. Die staatlichen Schulden sollen bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahre 2003 auf unter 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gedrückt werden. Tatsächlich wird dieses Ziel schon in diesem Jahr erreicht. Die Anstrengungen, die geleistet werden, um den Zustand des öffentlichen Haushalts zu verbessern, stellen einen unverzichtbaren Beitrag zur Zukunftssicherung dar. Mit ihrer Hilfe stellt Finnland sich auch auf die neue Situation ein, die schon bald das zunehmende Alter der Bevölkerung mit sich bringen wird. Unverzichtbar sind sie auch für das Ziel, die für die nordischen Wohlfahrtsstaaten typische hohe Steuerlast zu senken. In Finnland liegt der Schwerpunkt auf Entlastungen bei der Einkommensteuer. Die Lohnsteuer konnte bereits zurück auf das Niveau gesenkt werden, das sie vor der Wirtschaftskrise hatte, und Ruhestandseinkommen werden heute sogar geringer versteuert als damals.

Das auf Zusammenarbeit der Tarifpartner basierende finnische Modell der Konsensgesellschaft hat seine Stärken bei den Bemühungen um Sicherung eines andauernden Wirtschaftswachstums bewiesen. Finnlands Aufstieg aus der Wirtschaftskrise der frühen neunziger Jahre und der Abbau der gigantischen Arbeitslosigkeit hätten ohne gemeinsame Anstrengungen der breiten Regierungskoalition und der Arbeitsmarktorganisationen nicht gelingen können. Das Gleiche gilt auch für das Gewinnen einer breiten Zustimmung für den Beschluss zur Teilnahme an der Währungsunion.

Das gut funktionierende Schulsystem und die umfassenden wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungen sowie die in breitem Konsens zustande gebrachte Ausbalancierung des öffentlichen Haushalts sind wichtige Elemente, aber für den Erfolg unserer kleinen und offenen, vom Außenhandel abhängigen Volkswirtschaft waren auch andere Faktoren notwendig. Eine Schlüsselrolle für die guten Wirtschaftsleistungen der letzten Jahre kam den umfangreichen öffentlichen und privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung zu. Nicht nur Finnland, sondern auch die anderen nordischen Länder gehören als Entwickler und Benutzer von informationstechnischen Anwendungen zur Avantgarde.

Dass gerade Unternehmen der nordischen Länder so erfolgreich auf den Weltmärkten für Telekommunikationstechnik waren, erklärt sich nicht zuletzt daraus, dass man im Norden früher als in vielen anderen Ländern begann, die Telekommunikation für den Wettbewerb zu öffnen. Als sich den finnischen Unternehmen für ihre Innovationen dann wachsende globale Märkte auftaten, waren sie bereits gehärtet für den Wettbewerb. Zugleich waren sie den anderen in der Produktentwicklung einen oder auch zwei Schritte voraus und gut gerüstet, ihren Vorsprung auszunutzen.

Im vergangenen Jahr wurden schon mehr als drei Prozent des finnischen Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung aufgewendet. Die Regierung hat sich verpflichtet, die staatlichen Aufwendungen weiter zu erhöhen. Für das Jahr 2004 wird eine Forschungsquote von über vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts anvisiert. Die entsprechenden Aufwendungen des privaten Sektors steigen noch schneller, besonders in der IT-Branche und im Telekommunikationssektor. In wachsendem Maße werden öffentliche Mittel auch für Grundlagenforschung bereitgestellt, und vom kommenden Jahr an wird die Basisfinanzierung der Universitäten relevant erhöht.

Gegenüber dem Niveau von 1999, dem ersten Jahr der laufenden Legislaturperiode, haben wir die Aufwendungen für das Bildungswesen sowie für Forschung und Entwicklung um über eine Milliarde Euro angehoben. Die andauernden Investitionen in die Zukunft zeigen, dass wir uns in Finnland nicht der Illusion hingeben, wir seien am Ziel angelangt oder hätten eine Dauerposition an der Spitze der Entwicklung erobert. Es kommt darauf an, die erfolgsrelevanten Faktoren ständig auszufeilen, handele es sich um die Grundlagen des Wohlfahrtsstaats oder um die Förderung von Innovationen und ihrer kommerziellen Verwertung. Ein weiterer Schlüsselfaktor beim Aufbau der Wissensgesellschaft ist die Ausweitung des

Wettbewerbs, von dem alle in Form sinkender Preise sowie besserer und flexiblerer Dienstleistungen profitieren.

Dass der Abbau von Grenzen und die Ausweitung der gemeinsamen Märkte der wirtschaftlichen Entwicklung Auftrieb gibt, ist eine im Norden Europas schon seit langem anerkannte Tatsache. Finnland ist abhängiger denn je vom Außenhandel, und als kleine Nation profitiert es von der Entwicklung der internationalen Handelsordnung. Daher räumen wir der Forderung der Globalisierung hohe Priorität ein, ebenso jenen wirtschaftlichen und sozialen Reformvorhaben, die man in den letzten Jahren in der Europäischen Union in Angriff genommen hat. Aus dem Blickwinkel dieser strategischen Denkweise, der Ausnutzung der positiven wechselseitigen Abhängigkeiten, ist die Erweiterung der Union ein höchst willkommener Schritt.

Das Binnenmarktprojekt ist keinesfalls abgeschlossen, sondern es verlangt kontinuierliche Hege und Pflege. Im März 2000 verpflichteten sich die Unionsländer beim Europäischen Rat von Lissabon zu Reformen, die für die Erhaltung und Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand unerlässlich sind. In Lissabon setzten wir uns das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen. Wir müssen fähig sein, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.

Auch schwierigen Fragen dürfen wir nicht ausweichen bei unseren Anstrengungen, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu entwickeln. Ein zentraler Problempunkt ist, dass wir nach wie vor eine höhere Arbeitslosigkeit haben als unsere Konkurrenten, während sich zur gleichen Zeit in etlichen Sektoren Mangel an Arbeitskräften abzeichnet. Unsere Arbeitsmärkte funktionieren nicht so effizient, wie sie es müssten. Eine Verbesserung der Effizienz der Arbeitsmärkte ist denn auch ein Beispiel für jene Strukturreformen, die wir zur Steigerung unserer Wettbewerbsfähigkeit benötigen.

Die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit ist ein komplexes Vorhaben das uns ausdauernde Anstrengungen abverlangt. Wir müssen gleichzeitig an mehreren Fronten vordringen: Strukturreformen, Verbesserung der Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit, Förderung der Wissensgesellschaft und Entwicklung eines innovationsfreudigen Umfelds. Mit einer konzertierten Politik im Rahmen der EU lassen sich bessere und wirksamere Resultate erreichen als durch eine Vorgehensweise, bei der jedes Mitgliedsland seine eigenen Wege geht.

Das europäische Sozialmodell ist eine einzigartige Kombination aus Streben nach wirtschaftlichem Wohlstand, sozialem Zusammenhalt und hoher Lebensqualität. Seine Verdienste für die Gleichheit der BürgerInnen und für die gesellschaftliche Stabilität sind unbestreitbar. Im Zuge der Veränderungen im Handlungsumfeld, unter anderem der voranschreitenden Globalisierung, ist es jedoch immer schwerer geworden, die dem europäischen Modell innewohnenden Inflexibilitäten zu ignorieren, die das Wirtschaftswachstum hemmen und ein hohes Niveau an Arbeitslosigkeit aufrecht erhalten. Innerhalb der Gesellschaften sehen wir uns mit einer neuen Bedrohung für die Gleichheit konfrontiert: Es besteht die Gefahr, dass die Unterschiede im Grad der Bildung sowie in der Fähigkeit, an der Wissensgesellschaft zu partizipieren, zu einem Faktor werden, der die Menschen in Gewinner und Verlierer teilt. Der zunehmende Bevölkerungsanteil alter Menschen wiederum wird die europäischen Staaten schon bald vor immer größere Herausforderungen hinsichtlich der Verfügbarkeit von Arbeitskräften und der Belastungsquote stellen.

Europa steht vor etlichen gemeinsamen Herausforderungen, die sowohl von den einzelnen Mitgliedsländern wie auch von der Union aktives Handeln verlangen. Kurz gefasst handelt es sich um folgende Aufgaben:

1. An dem im Juni beim Europäischen Rat von Göteborg umrissenen Zeitplan für die Erweiterung der Union muss festgehalten werden. Ziel ist es, die Verhandlungsrunde bis Ende 2002 abzuschließen, so dass der Beitritt der ersten neuen Mitglieder im Jahre 2004 vollzogen werden kann.
2. Die Erfüllung der Beitrittskriterien ist ein wesentlicher, aber sicherlich kein ausreichender Schritt zur Verwurzelung von Good Governance und rechtsstaatlichen Grundsätzen im ganzen Erdteil. Die Arbeit muss fortgesetzt und die noch bestehenden Hindernisse für ein störungsfreies Funktionieren der Binnenmärkte müssen aus dem Weg geräumt werden, damit wir alle die Vorteile, die der erweiterte Markt zu bieten hat, voll ausschöpfen können.
3. Die Umsetzung der im Lissabon-Prozess gesetzten Ziele muss beschleunigt und das Programm muss im März 2002 vom Europäischen Rat in Barcelona mit noch ehrgeizigeren Vorgaben weiter entwickelt werden. Ansonsten wird unser Ziel der Entwicklung einer auf Chancengleichheit und Vollbeschäftigung basierenden Wissensgesellschaft in immer weitere Ferne rücken.
4. Die Einführung des Euro-Geldes wird den BürgerInnen zum Jahreswechsel die Bedeutung der Wirtschafts- und Währungsunion und der zusammenwachsenden Union konkret vor Augen führen. Es genügt keineswegs, dass die Regierungen die reibungslose Einführung des Euro-Geldes gewährleisten: Sie sind gefordert, durch konsequentes Einhalten der im Stabilitäts- und Wachstumspakt eingegangenen Verpflichtungen das Vertrauen in die positive Entwicklung der Wirtschaft zu stärken.
5. Die Europäische Union ist gefordert, die Grundzüge für eine Politik zu umreißen, mit deren Hilfe wir uns auf die Überalterung der Bevölkerung und für die wachsende Lücke im Arbeitskräfteangebot rüsten können. Die Mobilität der Arbeitnehmer in der Union hat bislang einen relativ bescheidenen Umfang, da es für sie immer noch Hindernisse praktischer Natur gibt. Innerhalb der Union muss die Debatte über eine gemeinsame Einwanderungspolitik mit der Strategie für die Wirtschafts- und Sozialreformen verknüpft werden. Die wachsende Zuwanderung verstärkt in vielen Ländern, auch in Finnland, den Druck, wirksamere Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung zu ergreifen.
6. Nach der Osterweiterung werden die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und der Union noch größere Bedeutung erlangen, als sie es jetzt schon haben. Für Europa ist es von größter Wichtigkeit, dass Russland auch sonst eng in die europäische Zusammenarbeit eingebunden wird. In diese Kerbe schlägt auch die Unionspolitik der nördlichen Dimension. Für das Wachstum von Handel und Investitionen wiederum wäre es sehr wünschenswert, dass Russland möglichst bald die Beitrittskriterien für die Welthandelsorganisation WTO erfüllt.
7. Die Union muss auf globaler Ebene eine aktivere Rolle spielen. Als große Wirtschaftsmacht hat sie sich ihrer Verantwortung zu stellen, die sie für die Offenheit der Weltwirtschaft und für die Schaffung von Bedingungen für eine positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung trägt. Zur Stärkung des internationalen Vertragssystems ist eine neue Verhandlungsrunde der WTO notwendig.
Auch in der internationalen Umweltpolitik kommt der Union die Rolle eines Schrittmachers zu. Das beweisen unter anderem auch die Anstrengungen, die die Union zur Rettung des Klimaschutzprotokolls von Kioto unternommen haben.
8. Die Globalisierung verlangt von den Regierungen immer engere Zusammenarbeit. Die Union muss die Weiterentwicklung des Internationalen Vertragssystems und die Stärkung seiner Institutionen unterstützen, damit unfaire Praktiken und diskriminierende Regelungen vermieden werden können. Die betreffenden internationalen Organisationen haben ihre Tätigkeit transparenter zu gestalten und mit ihren Kritikern in Dialog zu treten.

9. Auf dem Europäischen Rat von Göteborg haben wir die nachhaltige Entwicklung mit der wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung verkettet. In Barcelona müssen wir praxisnahe Instrumente finden, mit deren Hilfe wir unsere wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielsetzungen harmonisch miteinander verknüpfen können.

Es gilt das gesprochene Wort.